



MORNING NEWS

5. Juni 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.944,95	149,01	0,60	24.795,94	DJ 30	51.561,93	874,86	1,73	50.687,07
MDAX	32.801,61	65,26	0,20	32.736,35	NASDAQ	30.407,81	-163,43	-0,53	30.571,24
TEC DAX	4.176,98	-10,22	-0,24	4.187,20	Nikkei 225	66.442,31	-1.028,38	-1,52	67.470,69
Euro Stoxx50	6.103,33	49,76	0,82	6.053,57	Hang Seng	25.047,83	-205,57	-0,81	25.253,40
Bund Future	125,63	-0,05	-0,04	125,68	Euro / US-\$	1,1616	0,00	0,04	1,1611
Gold in US-\$	4.443,03	-31,77	-0,71	4.474,80	Öl (Brent) US-\$	95,37	0,34	0,36	95,03
Bitcoin / US-\$	63.137,54	-438,33	-0,69	63.575,87	Ethereum / US-\$	1.733,48	-39,69	-2,24	1.773,23

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.820	-124
NASDAQ Future	30.192,00	-296,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	161,11	-3,39	-0,02	164,50	187,14	3.925.628,00
Nokia OJ	14,31	0,38	0,03	13,93	16,62	128.968.304,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Airbus	AIRG.DE	Auslieferungen/Bestellungen 5/26	08:15	n/a
Europäische Unternehmen	Heute keine wichtigen Unternehmenstermine			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	BIP (q/q), sb, Drittes	Q1	11:00	0,1% (0,1%)
EWU	BIP (y/y), sb, Drittes	Q1	11:00	0,8% (0,8%)
EWU	Beschäftigung (q/q), Drittes	Q1	11:00	n/a (0,1%)
EWU	Beschäftigung (y/y), Drittes	Q1	11:00	n/a (0,5%)
USA	Beschäftigte ausserhalb der Landwirtschaft (Änderung)	Mai	14:30	85.000 (115.000)
USA	Durchschnittliche Stundenlöhne (m/m)	Mai	14:30	0,3% (0,2%)
USA	Durchschnittliche Stundenlöhne (y/y)	Mai	14:30	3,4% (3,6%)
USA	Arbeitslosenquote	Mai	14:30	4,3% (4,3%)
USA	Verbraucherkredite	April	21:00	17,750 (24,855) Mrd \$

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,33 (1,42)	10-jährige Bonds	+0,141	4,47%
Volumen NASDAQ	8,98 (9,25)	30-jährige Bonds	+0,203	4,97%

(/)=Vortag

Die **Hoffnung auf ein Ende des Iran-Krieges** hat der Wall Street am Donnerstag Auftrieb gegeben und dem Dow-Jones-Index ein Rekordhoch beschert. **Enttäuschende Zahlen des Chip-Konzerns Broadcom** drückten dagegen auf die technologielastige Nasdaq. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 1,7 Prozent höher auf 51.562 Punkten. Der

breiter gefasste S&P 500 rückte um 0,4 Prozent auf 7584 Zähler vor. Der Index der Technologiebörse Nasdaq gab dagegen 0,1 Prozent auf 26.831 Punkte nach.

Für Optimismus unter den Anlegern sorgten **diplomatische Bemühungen im Nahen Osten**. Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete am Mittwoch einen Gesetzentwurf, der Präsident Donald Trump an einer Fortsetzung des Krieges gegen den Iran hindern soll. Zudem schürte ein von den USA vermitteltes **Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und dem Libanon** die Hoffnung auf eine baldige Lösung des Konflikts, auch wenn die pro-iranische Hisbollah-Miliz die Feuerpause ablehnte. Ein Rückgang der Ölpreise spiegelte die Erwartung wider, dass der Tankerverkehr durch die wichtige Straße von Hormus in Kürze wieder aufgenommen werden könnte.

Im Technologiesektor sorgte **Broadcom** für Ernüchterung. Der Chip-Hersteller verfehlte die Umsatzerwartungen, woraufhin die Aktien um 12,6 Prozent einbrachen. Dies dämpfte die jüngste Euphorie rund um das Thema Künstliche Intelligenz (KI), die Chip-Werte im bisherigen Jahresverlauf stark angetrieben hatte. In der Folge gaben auch andere Branchenwerte wie **Advanced Micro Devices (AMD)**, **Micron Technology** und **Qualcomm** zwischen 2,6 und 7,7 Prozent nach. **Marvell Technology** legten dagegen um 4,9 Prozent zu.

Bei den Konjunkturdaten rückte der Arbeitsmarkt in den Fokus. Die Zahl der **Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe** stieg überraschend um 6,1 Prozent. Zudem zeigte ein Bericht der Personalberatung Challenger, Gray & Christmas, dass die Zahl der angekündigten Stellenstreichungen bei US-Unternehmen im Mai um elf Prozent auf 97.006 in die Höhe geschwungen ist. Fast 40 Prozent dieser Entlassungen wurden auf den zunehmenden Einsatz von KI zurückgeführt.

Bei den Einzelwerten profitierten **UnitedHealth** von einer Hochstufung durch die Bank of America auf "Buy" und gewannen 5,2 Prozent. **Blackstone** stiegen um 7,5 Prozent. Der Vermögensverwalter hatte als Reaktion auf eine Zunahme von Rückgabebeforderungen die Auszahlungen aus seinem privaten Kreditfonds begrenzt. Die Papiere der Cybersicherheitsfirma **CrowdStrike** fielen nach einem Anstieg der vierteljährlichen Betriebsausgaben um 3,8 Prozent.

Unterdessen startete **SpaceX** eine Investoren-Roadshow für sein für den 12. Juni geplantes Börsendebüt. Das von Elon Musk geführte Raumfahrtunternehmen strebt einen Rekord-Börsengang an, der 75 Milliarden Dollar einbringen und die Firma mit 1,75 Billionen Dollar bewerten soll.

US Unternehmen

Lululemon hat wegen einer schwächelnden Nachfrage und harter Konkurrenz seine Umsatz- und Gewinnprognosen für das Gesamtjahr gesenkt. Die Aktien des kanadischen Sportbekleidungs Herstellers fielen am Donnerstag im nachbörslichen Handel um rund neun Prozent. Lululemon rechnet für das Geschäftsjahr 2026 nun mit einem stagnierenden bis um ein Prozent rückläufigen Umsatz, nachdem zuvor ein Plus von zwei bis vier Prozent in Aussicht gestellt worden war. Der Gewinn je Aktie soll zwischen 10,95 und 11,15 Dollar liegen, statt der bisher erwarteten 12,10 bis 12,30 Dollar. Neben der hohen Inflation, die Kunden bei teuren Artikeln sparen lässt, machen dem Konzern aufstrebende Konkurrenten wie Alo Yoga und Vuori auf dem US-Markt zu schaffen. Dort sanken die Erlöse im ersten Quartal währungsbereinigt um vier Prozent, während sie in China um 23 Prozent zulegten. Die künftige Chefin Heidi O'Neill, die ihr Amt im September antritt, steht nun vor der Aufgabe, das Wachstum wieder anzukurbeln. In der vergangenen Woche hatte Lululemon einen monatelangen Machtkampf mit Gründer Chip Wilson beigelegt, was den Weg für strategische Investitionen aus den Barreserven von 1,8 Milliarden Dollar freimacht (Reuters).

Marktmeldungen

Kanada will mit einer **neuen Strategie für Künstliche Intelligenz (KI)** die **heimische Wirtschaft** ankurbeln und bis 2031 rund 250.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Premierminister Mark Carney stellte in Toronto das Programm "AI for all" vor, das unter anderem einen Technologiefonds in Höhe von 500 Millionen kanadischen Dollar (etwa 360 Millionen US-Dollar) für kanadische KI-Firmen umfasst. Über diesen Fonds kann sich der Staat auch direkt an den Unternehmen beteiligen, um deren Kapitallücke gegenüber den großen US-Technologiekonzernen zu schließen. Die Regierung erwartet, dass die



Strategie das Bruttoinlandsprodukt um drei Prozent oder knapp 200 Milliarden kanadische Dollar steigern wird, da der Einsatz von KI die Arbeitsproduktivität in Schlüsselbranchen erhöhen soll. Zudem sollen kleine und mittlere Unternehmen über eine Initiative der staatlichen Förderbank weitere 500 Millionen kanadische Dollar erhalten, um den Zugang zu KI-Werkzeugen zu finanzieren. Flankiert wird die wirtschaftliche Förderung von geplanten Gesetzen zum Verbraucher- und Datenschutz, die etwa Kinder im Internet besser schützen und Deepfakes bekämpfen sollen. Für die Überwachung von KI-Risiken und die Bewertung von Modellen sind 50 Millionen kanadische Dollar vorgesehen. Einen Zeitplan für die Umsetzung der Regulierung nannte die Regierung zunächst nicht (Reuters).

Das **US-Verteidigungsministerium** dürfte einem Medienbericht zufolge die geplante Lieferung von **"Tomahawk"-Marschflugkörpern an Deutschland** absagen. Ein Grund dafür sei die Sorge von US-Regierungsvertretern, dass Russland die Stationierung der Präzisionswaffen als Eskalation betrachten und Vergeltung üben könnte, berichtet das Nachrichtenportal "Politico" unter Berufung auf Insider. Zudem Sorge sich die US-Regierung um ihre eigenen schrumpfenden Bestände. In den ersten Wochen des Iran-Krieges seien Tausende "Tomahawk"- und "Patriot"-Lenkwaffen verschossen worden (Reuters).

Das **US-Repräsentantenhaus** hat am Donnerstag (Ortszeit) für **neue Hilfen für die Ukraine** und **Sanktionen gegen Russland** gestimmt. Der sogenannte "Ukraine Support Act" passierte die Kammer mit 226 zu 195 Stimmen. Dabei schlossen sich 18 Republikaner und ein Unabhängiger den Demokraten an. Dies gilt als Zeichen dafür, dass einige Parteikollegen von US-Präsident Donald Trump bereit sind, sich gegen ihn und die Führung der Republikaner zu stellen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem Hilfen in Höhe von mehr als einer Milliarde Dollar sowie direkte Kredite von bis zu acht Milliarden Dollar für die Regierung in Kiew vor. Zudem sollen strenge Sanktionen und Exportkontrollen gegen russische Finanzinstitute, den Öl- und Bergbausektor sowie Regierungsvertreter verhängt werden (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj schlägt dem **russischen Staatschef** Wladimir Putin in einem **offenen Brief** ein Treffen vor, um ein Ende des Krieges zu vereinbaren. Die Mehrheit der Russen sei der ukrainischen Raketen- und Drohnenangriffe, der Inflation und der Treibstoffknappheit überdrüssig und bereit für den Frieden, erklärt Selenskyj. Sollte Putin nicht zu dem Schluss kommen, dass es Zeit für ein Kriegsende sei, werde die Ukraine weiter um ihre Existenz kämpfen. Dies könne Putins Machtposition gefährden. "Es ist eine Tatsache in der russischen Geschichte, die Sie gut kennen: Wenn Russland müde wird, steht ein Wandel bevor", heißt es in dem Schreiben (Reuters).

Der **russische Präsident** Wladimir Putin ist nach eigenen Worten zu einer **diplomatischen Lösung des Ukraine-Kriegs** bereit. Dabei wolle er sich an Kompromisse halten, auf die er sich mit US-Präsident Donald Trump bei einem Treffen in Alaska verständigt habe, sagt Putin am Rande eines Wirtschaftsforums. Wenn auch die ukrainische Seite diesen nicht näher bezeichneten Vereinbarungen zustimme, werde der Konflikt schnell enden. Notfalls werde Russland die Ukraine aber auf dem Schlachtfeld besiegen. Putin bekräftigt seine Forderung, dass die Ukraine für Frieden den Rest der ostukrainischen Donbass-Region aufgeben müsse (Reuters).

Der **russische Präsident** Wladimir Putin bringt den früheren Bundeskanzler **Gerhard Schröder als möglichen Mittelsmann zwischen Russland und Europa** ins Spiel. "Wer sonst als Schröder könnte als Vermittler auftreten?", sagt Putin vor Journalisten in St. Petersburg. Schröder sei vertrauenswürdig und nicht sein Freund, sondern ein deutscher Staatsmann, der seine eigenen Ansichten habe und bereit sei, für diese einzustehen. Moskau versuche Europa jedoch nicht vorzuschreiben, wen es für Gespräche mit Russland benennen solle (Reuters).

Bei einem **russischen Angriff** auf die südostukrainische Region **Saporischschja** kommt nach Angaben des Gouverneurs eine Frau ums Leben. Elf weitere Menschen werden bei dem Angriff mit Gleitbomben verletzt, teilt Gouverneur Iwan Fedorow auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Am Abend herrscht dort immer wieder Luftalarm (Reuters).

Die **USA** haben am Donnerstag nach Angaben des US-Finanzministeriums **Sanktionen** gegen den **kubanischen Präsidenten** Miguel Díaz-Canel sowie weitere Personen und Einrichtungen verhängt. Kuba solle zu einem "gut regierten Land" werden, sagte US-Präsident Donald Trump vor Journalisten. Neben dem 66-jährigen Staatschef treffen die Strafmaßnahmen vier weitere Personen und fünf Einrichtungen, darunter Kubas Ministerium für die Revolutionären

Streitkräfte. Eine Stellungnahme der Regierung in Havanna lag zunächst nicht vor. Díaz-Canel ist seit 2018 Präsident des Karibikstaates und folgte auf Raúl Castro, den Bruder des früheren Machthabers Fidel Castro. Im vergangenen Monat hatte die US-Regierung bereits elf kubanische Amtsträger sanktioniert (Reuters).

Rusland und **Usbekistan** haben nach Angaben des Kremls mit dem Bau des ersten **Atomkraftwerks** dieser Art im postsowjetischen Zentralasien begonnen. "Dass Russland und Usbekistan ein solch wegweisendes Hightech-Projekt verwirklichen, ist ein leuchtendes Beispiel für die Freundschaft und Partnerschaft unserer beiden Länder", sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Donnerstag. Er und sein usbekischer Amtskollege Schawkat Mirsijojew gaben per Videoschleife aus St. Petersburg, wo sie am Rande von Putins jährlichem Wirtschaftsforum Gespräche führten, den Startschuss für das Vorhaben (Reuters).

Eine einflussreiche **schiitische Miliz im Irak** hat unter der neuen Regierung ihre **Waffen abgegeben** - Berichten zufolge nach Druck der USA. Die Gruppierung Saraja al-Salam (Brigade des Friedens) habe in Samarra nördlich von Bagdad ihre Waffen an die irakische Armee übergeben, berichtete die Staatsagentur INA heute. Iraks neuer Ministerpräsident Ali al-Saidi als Oberbefehlshaber der Streitkräfte überwache die Umsetzung des Plans. Der einflussreiche schiitische Geistliche Muktada al-Sadr hatte Saraja al-Salam 2014 nach dem Vormarsch der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gegründet. Heute zählt sie schätzungsweise 20.000 bis 50.000 Kämpfer. Al-Sadr ist ein Verbündeter des Irans, wehrt sich aber dagegen, dass der Irak sich dem Einfluss des Nachbarlands komplett unterwirft (dpa/AFX).

Chinas Präsident Xi Jinping reist zur Stärkung der bilateralen Beziehungen nach **Nordkorea**. Der Staatsbesuch sei für den 8. bis 9. Juni geplant, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua. Es ist Xis erste Reise in das Nachbarland seit fast sieben Jahren. Kim selbst war im vergangenen September bei einer großen Militärparade in Peking zu Gast, zu der er mit seinem charakteristischen gepanzerten grünen Zug angereist war. Die Regierung in Peking bemüht sich, Pjöngjang wieder enger an sich zu binden (Reuters).

Angesichts der anhaltenden Talfahrt des Yen hat die **japanische Regierung** erneut mit einem **Eingreifen am Devisenmarkt** gedroht. Japan behalte sich das Recht vor, "entschlossene Maßnahmen" gegen eine übermäßige Volatilität zu ergreifen, sagte Finanzministerin Satsuki Katayama am Freitag im Parlament. Zuvor war die heimische Währung am Mittwoch zum ersten Mal seit Ende April wieder auf die Marke von 160 Yen pro Dollar gefallen, die an den Märkten als Schmerzgrenze für mögliche staatliche Interventionen gilt. Gleichzeitig zeigten offizielle Daten, dass die massiven Stützungskäufe der vergangenen Wochen tiefe Löcher in die Staatskasse gerissen haben. Die Währungsreserven des Landes fielen im Mai um 5,6 Prozent oder 77,1 Milliarden Dollar auf 1,306 Billionen Dollar, wie das Finanzministerium mitteilte. Dies ist der stärkste jemals verzeichnete Rückgang (Reuters).

Chemie

Der Chef des Agrar- und Pharmakonzerns **Bayer**, Bill Anderson, hat angesichts des **Krieges im Iran** und der Blockade der Straße von Hormus vor **weltweiten Ernteausfällen** und **steigenden Lebensmittelpreisen** gewarnt. Durch die wichtige Schifffahrtsroute laufe rund ein Drittel des Welthandels mit stickstoffbasiertem Dünger, sagte der Manager dem Nachrichtenportal "t-online" in einem veröffentlichten Interview laut Vorabbericht. Bleibe die Meerenge blockiert, könne dies bereits im Herbst zu deutlich geringeren Ernten auf der Nordhalbkugel führen. Dies treffe auch den Agrar- und Pharmakonzern, obwohl Bayer selbst keinen Dünger herstelle. Zudem drohten durch den Düngermangel bei Mais Engpässe beim Tierfutter, was Fleisch, Eier und andere Lebensmittel verteuern könne. Zugleich übte der Konzernchef deutliche **Kritik an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland**. Das Land stehe vor massiven Herausforderungen und leide unter einem "massiven Standortnachteil".



Öl & Gas

Russland ist nach den Worten von Präsident Wladimir Putin bereit, die **Erdgaslieferungen nach Deutschland** durch die Pipeline **Nord Stream** wieder aufzunehmen. Die Entscheidung darüber liege nun bei der Bundesregierung in Berlin, sagt Putin. Die Pipeline war 2022 bei Unterwasser-Explosionen schwer beschädigt worden (Reuters).

Der **Oman** setzt die **Ölverladung im Terminal Mina al Fahal** nach einer **Explosion** in der Nähe seiner Ankerplätze aus. Die Explosion sei mutmaßlich durch einen Drohnenangriff verursacht worden, sagen zwei Insider. Wann genau sich der Angriff ereignete, ist zunächst unklar. Schifffahrtsdaten von LSEG zufolge liegen mehrere Supertanker vor dem Hafen vor Anker. Der Terminalbetreiber war für eine Stellungnahme zunächst nicht zu erreichen. Iranische Staatsmedien hatten am Mittwoch berichtet, Teheran habe im Golf von Oman ein US-Militärschiff angegriffen. Das US-Zentralkommando hatte dies dementiert (Reuters).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

